

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats

Bern, 31. Mai 2022
VL Blutspende / MD

Per Mail an: hmr@bag.admin.ch

Parlamentarische Initiative 16.504: Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen anerkennt die Bedeutung der Versorgung mit Blut und labilen Blutprodukten, weshalb wir die vorgesehenen finanziellen Unterstützungen zu deren Sicherstellung befürworten. Ihre Zustimmung knüpft die FDP allerdings an die Bedingungen, dass finanzielle Unterstützungen ausschliesslich als letztes Mittel, zeitlich begrenzt, massvoll und bei einer nachweisbaren Wirkung im Ziel gesprochen werden dürfen. Im Folgenden nimmt die FDP zur vorgeschlagenen Änderung detailliert Stellung.

Finanzielle Unterstützung nur als ultima-ratio

FDP.Die Liberalen anerkennt die Bedeutung der Versorgungssicherheit der Schweizer Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten. Angesichts der demographischen Entwicklung teilt die FDP ebenfalls die Ansicht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats, wonach der zivilen Blutversorgung künftig eine grössere Bedeutung zukommen wird. Für die FDP ist jedoch klar: Die gesetzlichen Bestimmungen zur finanziellen Unterstützung sollen nur ultima-ratio greifen. Sie sollen lediglich im Falle einer (zurzeit noch hypothetischer) Mangellage, bei einer nachweisbaren Verbesserung der Situation und massvoll gesprochen werden können. Das Parlament soll in regelmässigen Abständen über die beschlossenen finanziellen Unterstützungen und deren Wirkung in Kenntnis gesetzt werden. Ausserdem ist es wichtig, dass die Unterstützungen jeweils nur für einen begrenzten Zeitraum gewährt werden. Soweit andere Anbieter als die SRK bzw. der Blutspende SRK Schweiz AG in diesem Bereich oder in Teilen davon Leistungen anbieten, sollen diese im Rahmen der vorgelegten Finanzhilfebestimmungen zukünftig ebenfalls gefördert werden können.

Dass das Blutspendewesen als private Aufgabe im öffentlichen Interesse künftig nicht mehr hinreichend erfüllt werden kann hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft der Bevölkerung zum Blutspenden ab. Andere Massnahmen zur Sicherstellung der Blutversorgung, wie bspw. Informationskampagnen, sind in jedem Fall einer finanziellen Unterstützung vorzuziehen.

Unentgeltlichkeit der Blutspende

Die freiwillige und unentgeltliche Blutspende ist aus Gründen der Vermeidung kontaminierter Blutspenden unumstritten. Der erläuternde Bericht führt aus, dass das Unentgeltlichkeitsgebot gemäss Biomedizinkonvention und der Bundesverfassung in der Schweiz direkt anwendbar ist. Das Gebot ist international anerkannt und im Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin richtigerweise verankert. Angesichts dessen, erachtet es die FDP als fragwürdig, ob in diesem Bereich

Handlungsbedarf besteht – sei es für eine gesetzliche Verankerung (inkl. Sanktionierungsinstrumenten) in der Schweiz oder für entsprechende Regelungen bei den Importen. Zusätzliche Regulierungen bei den Importen würden zudem zwangsläufig zu einem höheren Aufwand bei den Importen führen, was in Anbetracht der befürchteten Knappheit kaum zielführend ist. Schliesslich ist davon auszugehen, dass sich die abschliessende Überprüfung der Herkunft des Blutes in der konkreten Anwendung als sehr herausfordernd erweisen würde.

Ausschluss vom Blutspenden

Die FDP ist der Ansicht, dass eine Rückweisung vom Blutspenden lediglich aufgrund von wissenschaftlichen Kriterien und im Sinne der Patientensicherheit gerechtfertigt ist. Deshalb stimmt die FDP den vorgesehenen Anpassungen zu, wonach die Ausschlusskriterien vom Blutspenden niemanden diskriminieren dürfen, namentlich nicht wegen der sexuellen Orientierung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun